

Frag den Minister

Frage und Antwort Veranstaltung der Zeitung Kurier mit Bundesminister **Univ. Prof. Dr. Martin Polaschek**, Moderation Chefredakteurin **Dr. Martina Salomon** am 15. 3. 2023.

Es ist eine einigermaßen schwierige Diskussionsveranstaltung da mehrere Teilnehmer:innen sich nicht an die Vorgabe - keine Co Referate zu halten sondern einfach eine Frage zu stellen - halten. Außerdem wollen einige nicht wahrhaben, dass die Kindergärten in der Kompetenz der Länder beziehungsweise Gemeinden liegen und die Universitäten autonom sind und der Minister in diesen Bereichen kaum Handlungsmöglichkeiten hat.

Die ersten Fragen kommen von **Martina Salomon**. Sie spricht den Dauerzustand Lehrermangel, den Wunsch nach mehr Unterstützungspersonal für die Schulen im Bereich Verwaltung und die Wissenschaftsskepsis in der Bevölkerung an.

Minister Polaschek sieht keinen allgemeinen Lehrermangel, dieser zeige sich nur in einigen Bereichen. Entspannung werde es in manchen Fächern in vier, in anderen in sieben Jahren geben. Für die Verwaltung wurde das Budget von 400 auf 700 € erhöht, Verwaltungsaufgaben wurden ausgesetzt. Lehrer:innen sollen sich wieder auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Um gegen die Wissenschaftsskepsis ankämpfen zu können, wurde ein 10 Punkteprogramm erarbeitet. Wissenschaftsbotschafter:innen werden an die Schulen gehen und außerdem wurde eine Studie zur Erforschung der Ursachen in Auftrag gegeben.

Aus dem **Publikum** wird mehrfach die Situation an den Universitäten beklagt. Es werde zwar viel und erfolgreich geforscht, aber es gebe immer nur befristete Verträge und nach acht Jahren keine Verlängerung mehr. Die Fluktuation werde sogar belohnt.

Bei einem Studienwechsel verliere man die finanziellen Unterstützungen, Studium und Beruf seien kaum vereinbar. Von Studierenden aus der Ukraine verlange man kein Geld.

Der **Minister** entgegnet, dass viel Geld für die Wissenschaft zur Verfügung gestellt wurde und es noch nie so viel unbefristet angestelltes Personal gegeben habe wie jetzt. Die Zahl sei aber begrenzt und wenn alle bleiben würden, könnten keine neuen Personen aufgenommen werden. Es liege in der Autonomie der Universitäten wen sie anstellen, die Politik mische sich da nicht ein. Studiengebühren werden erst nach einer gewissen Dauer des Studiums eingehoben und die besondere Situation des Ukraine Krieges müsse berücksichtigt werden.

Die **Direktorin** einer Wiener Pflichtschule sagt: "Es ist nicht mehr auszuhalten! Ich habe keine Unterstützung und bin für 80 Personen allein zuständig". Eine **Lehrerin** beklagt, dass es für psychisch auffällige Kinder viel zu wenig Unterstützung gebe.

Der **Minister** verweist auf die Zuständigkeit der Länder im Pflichtschulbereich. Man müsse sich fragen, was die Gesellschaft grundsätzlich bereit sei für die Schulen auszugeben. Bei Kindern mit besonderen Schwierigkeiten wurden schon Maßnahmen gesetzt, es gebe aber einen großen Aufholbedarf, vor allem nach der Pandemie. Die Situation sei schwieriger als man gedacht habe.

Ein **Schülervertreter** fragt, welchen Einfluss die künstliche Intelligenz wie z.B. ChatGPT auf den Unterricht haben werde.

Das könne man noch nicht genau sagen, antwortet der **Minister**. Unterrichten und Prüfen werde aber umgestellt werden müssen. Bei schriftlichen Arbeiten müsse es Änderungen geben weil man die Urheberschaft nicht mehr genau feststellen könne.

Eine ehemalige **AHS Professorin** bietet sich und Kolleg:innen als Mediator:innen an. Eine ehemalige **AHS Direktorin** fragt, wann man endlich „ins Tun käme“. Sie schlägt Eignungsprüfungen für die AHS, eine Prüfung am Ende der Pflichtschulzeit und die Wiedereinführung des externen Vorsitzenden bei der Matura vor.

Das Mediator:innenangebot findet der **Minister** überlegenswert. Eine Prüfung am Ende der 9. Schulstufe sei in Bearbeitung, auch die Wiederkehr des Vorsitzenden sei in Planung. Bei einer AHS Aufnahmeprüfung ist er skeptisch.

Ein **Teilnehmer** beklagt, dass die Prüfungen für Kinder im häuslichen Unterricht strenger seien als für Kinder im Regelunterricht.

Der **Minister** verweist auf die starke Zunahme des häuslichen Unterrichts durch die Pandemie, der dann nicht immer regelkonform durchgeführt wurde. Hier gelte es die Kinder zu schützen.

Ein **Teilnehmer** klagt, dass der privaten SFU die Akkreditierung für das Medizinstudium entzogen wurde und sich die Studierenden nun einem Psychoterror ausgesetzt sehen.

Der Minister verweist auf die Teach out Möglichkeit für Masterstudierende und darauf, dass er für das Problem aufgrund der Autonomie der Universitäten nicht zuständig sei.

Elementarpädagog:innen verweisen auf die prekäre Situation in den Kindergärten. Auch hier ist das Ministerium nicht zuständig. Der Bund habe aber eine Milliarde zur Verfügung gestellt.

Eine **Teilnehmerin** spricht sich für die Einführung eines Vorschuljahres aus.

Eine **Teilnehmerin** beklagt die Situation der Quereinsteiger:innen, die ohne Dienstvertrag zum Mindestgehalt arbeiten. Der **Minister** rät sich an die dafür zuständige Bildungsdirektion zu wenden.

Ein **Teilnehmer** fragt, ob die Politik derzeit die besten Rahmenbedingungen für die Bildung schaffe. Ein anderer fordert einen Bildungsplan vom Kindergarten bis zur Universität da zu viele Schüler:innen nicht mehr lesen, schreiben und rechnen könnten.

Der **Minister** antwortet, dass es nie passe, was die Politik mache. Es gebe kein gemeinsames Bild, was eine gute Schule ausmacht. Es sei ihm bewusst, dass große Unzufriedenheit herrsche. Wir bräuchten ein gemeinsames Ziel, aber es gebe viele unterschiedliche Zugänge. Er glaubt nicht, dass ein Bildungsplan nötig sei, die Grundkompetenzen aber von zentraler Bedeutung seien.

Die von einem **Teilnehmer** angesprochene Unterfinanzierung des Faches Ethik kann der Minister nicht nachvollziehen.

Eine **Teilnehmerin** kritisiert, dass die Ausbildung der Lehrer:innen nicht geeignet sei auf die jungen Menschen von heute richtig eingehen zu können.

Der **Minister** erwidert, dass es sehr wohl neue Ansätze gebe, Aufholbedarf bestehe beim Kinderschutz.

In der Folge widerspricht der **Minister**, dass die Situation für Lehrer:innen in Deutschland besser sei als in Österreich. Sie müssten mehr Stunden unterrichten und hätten weniger Urlaubstage.

Der Vorschlag einer **Mittelschuldirektorin**, die Unterrichtsstunde schulautonom auf 45 Minuten zu verkürzen, den Unterricht erst um 1/2 9 Uhr zu beginnen und die gewonnene Zeit für soziale Zwecke zu nützen, gefällt dem Minister. Leider wurde ihr das jetzt von der Bildungsdirektion NÖ untersagt. Dem wird der Minister nachgehen.

Zum Schluss berichtet **Minister Polaschek** von der geplanten Verkürzung des Lehramtsstudiums. Es soll in 10 Semestern (sechs Semester Bachelor, vier Semester Master) abgeschlossen werden können.